

haltsräumen soweit wie möglich reduziert werden.

Die mittlere effektive Dosis der zivilisatorischen Strahlenexposition lag der Unterrichtung zufolge im Berichtsjahr bei circa 1,9 mSv pro Einwohner und Jahr.

Die zivilisatorische Strahlenexposition der Bevölkerung resultiere aus Beiträgen kerntechnischer Anlagen, aus der Sanierung von Bergbauanlagen durch die Wismut GmbH, aus der Anwendung ionisierender Strahlung und radioaktiver Stoffe in Medizin, Forschung, Technik und Haushalt sowie aus dem Fallout von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre bis Anfang der 1960er Jahre, wird erläutert.

Der größte Beitrag zur zivilisatorischen Strahlenexposition werde weiterhin durch die Anwendung radioaktiver Stoffe und ionisierender Strahlung in der Medizin, insbesondere durch die Röntgendiagnostik, verursacht. Dieser Beitrag sei in den letzten Jahren sogar angestiegen. Die aktuelle Schätzung für die mittlere effektive Dosis pro Einwohner beziehe sich auf das Jahr 2012 und betrage circa 1,8 mSv für die Röntgendiagnostik und 0,1 mSv für die Nuklearmedizin.

Der Beitrag der Strahlenexposition durch Kernkraftwerke und sonstige kerntechnische Anlagen sowie durch die Hinterlassenschaften des Uranerzbergbaus und deren Sanierung durch die Wismut GmbH in der Bundesrepublik Deutschland zur mittleren effektiven Dosis der Bevölkerung liege dagegen auch im Jahr 2013 deutlich unter 1 Prozent der gesamten zivilisatorischen Strahlenexposition. Sie sei kleiner als 0,01 mSv. Dieser Wert sei eine obere Abschätzung unter sehr konservativen Annahmen. Die tatsächliche Strahlenexposition liege in der Regel weit unterhalb dieses Wertes. Die Ableitungen radioaktiver Stoffe hätten bei allen kerntechnischen Anlagen unterhalb, bei den meisten weit unterhalb der

genehmigten Jahreswerte gelegen.

Die jährlichen Beiträge durch die Anwendung ionisierender Strahlung und radioaktiver Stoffe in Forschung, Technik und Haushalt lagen unterhalb 0,01 mSv, heißt es weiter. „Haushalt“ beinhalte Aspekte des Verbraucherschutzes, „Technik“ umfasse Industrierzeugnisse und technische Strahlenquellen.

Der Unfall im Atomkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 habe auch im Jahr 2013 noch einen, wenn auch geringen Beitrag zur zivilisatorischen Strahlenexposition verursacht. Das Ereignis in Fukushima habe 2013 dagegen keine messbaren Auswirkungen auf die Strahlenexposition in Deutschland gehabt.

Die durch den Unfall im Atomkraftwerk Tschernobyl resultierende mittlere Strahlenexposition der Bevölkerung sei zwar von 0,11 mSv im Jahr 1986 auf weniger als 0,011 mSv im Jahre 2013 zurückgegangen, dennoch fänden sich in Lebensmitteln (zum Beispiel in Pilzen und Wildbret) aus einigen Waldgebieten immer noch stark erhöhte Cäsium-137-Werte. Regional träten Strahlenbelastungen auf, die bis zu einem Faktor 10 über dem oben genannten Mittelwert liegen.

Die Dosis durch die in großer Zahl bis in die 1960er Jahre und letztmals im Jahr 1981 in der Atmosphäre durchgeführten Kernwaffenversuche sei weiterhin rückläufig; sie habe 2013 weniger als 0,01 mSv betragen.

Die berufliche Strahlenexposition habe sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig verändert, wird erklärt. 355.000 Personen seien im Jahr 2013 mit Dosimetern beruflich strahlenschutzüberwacht worden. Von den Überwachten hätten circa 50.000 Personen eine messbare Dosis erhalten. Die mittlere Jahrespersonendosis der exponierten Personen habe

0,53 mSv betragen und liege damit leicht über dem Wert des Vorjahres (0,52 mSv).

Seit dem 1. August 2003 ist Luftfahrtpersonal, das in einem Beschäftigungsverhältnis gemäß deutschem Arbeitsrecht steht und während des Fluges durch kosmische Strahlung eine effektive Dosis von mindestens 1 mSv im Kalenderjahr erhalten kann, überwachtungspflichtig. Das Flugpersonal wird allerdings nicht mit Dosimetern überwacht, die Luftfahrtgesellschaften ermitteln die Dosis für das fliegende Personal stattdessen mit amtlich zugelassenen Rechenprogrammen. Hiervon seien im Jahr 2013 39.449 Personen betroffen gewesen (im Vorjahr 40.404). Die mittlere Jahresdosis dieser Beschäftigten habe wie im Vorjahr 1,9 mSv betragen. Wichtige Einflußgröße sei die zyklische Schwankung der Sonnenaktivität, die seit 2010 zu einem Rückgang der mittleren Dosis und der Kollektivdosis geführt habe. Der höchste Jahrespersonendosiswert habe bei 6,2 mSv gelegen.

Im Jahr 2013 wurden zudem 298 Personen an Arbeitsplätzen mit erhöhter Radonexposition überwacht (Schauhöhlen, Wassergewinnung, Beschäftigte der Wismut GmbH). Die mittlere Jahresdosis dieser Personen habe 3,2 mSv (im Vorjahr 3,0 mSv) betragen.

Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung im Jahr 2013, Unterrichtung durch die Bundesregierung, Bundestagsdrucksache 18/5565 v. 13.07.2015, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/055/1805565.pdf>

Atommüll

Die Endlagerkommission will an ihrem Zeitplan festhalten

Die Mitglieder der Kommission Lagerung hoch radioakti-

ver Abfallstoffe (Endlager-Kommission) wollen weiterhin an dem im Standortauswahlgesetz festgelegten Zeitplan festhalten. Bis Ende Juni 2016 soll ein abschließender Bericht präsentiert werden. Darauf verständigte sich das Gremium während seiner Sitzung am 2. Oktober 2015.

Der Fokus des Berichtes solle insbesondere auf den Kriterien für ein Endlager für hoch radioaktive Abfallstoffe liegen, sagte Steffen Kanitz (CDU). Die Unterbringung von schwach und mittel radioaktiven Abfällen an dem zu findenden Standort, die im Nationalen Entsorgungsprogramm angelegt ist, werfe Fragen auf, die von der Endlager-Kommission nicht abschließend geklärt werden könnten. Mit diesen Fragen müsse sich künftig ein „geeignetes Gremium“ befassen, sagte Kanitz. So sei zum Beispiel die Beschaffenheit der zu bergenden Abfälle aus der Asse unklar. Diese Position wurde auch von den übrigen in der Endlager-Kommission sitzenden Berichterstattern der Bundestagsfraktionen mitgetragen. Hubertus Zdebel (Die Linke) stellte klar, daß eine Verlängerung um beispielsweise ein halbes Jahr nicht sinnvoll wäre, denn auch dann würden noch keine Erkenntnisse zu den Asse-Abfällen vorliegen.

Sylvia Kotting-Uhl (Bündnis 90/Die Grünen) regte deshalb konzentrierte Forschungsvorhaben zu den Asse-Abfällen an. Damit könnten in vier bis fünf Jahren Ergebnisse vorliegen, um zu entscheiden, ob eine Lagerung in einem „Doppel-Endlager“ sinnvoll sei.

Ute Vogt (SPD) warnte, daß durch eine Verlängerung der Arbeit der Endlager-Kommission in den nächsten Bundestagswahlkampf hinein die Gefahr bestünde, daß der mühsam erarbeitete Grundkonsens nicht beibehalten werden könne. Die Suche nach einem Endlager könne zudem nicht erst dann begin-

nen, wenn Klarheit über die Asse-Abfälle bestehe, sondern müsse zeitnah beginnen, sagte Vogt. Die Kommissions-Mitglieder Bruno Thomauske und Christian Pegel meldeten Zweifel an der Idee an, ein Endlager zu suchen, wenn nicht klar sei, wie es zu konzipieren ist.

Der Ko-Vorsitzender Michael Müller unterstützte den Vorschlag, am Zeitplan festzuhalten. In Anbetracht der noch zu klärenden Fragen regte er an, Arbeitsprozesse zu intensivieren. „Weihnachten fällt aus“, sagte Müller in Hinblick auf das anstehende Arbeitspensum. Hintergrund des Problems ist das Nationale Entsorgungsprogramm der Bundesregierung, in dem die Frage aufgeworfen wird, wo die Abfälle aus der havarierten Asse II und der Atommüll aus der Urananreicherungsanlage in Gronau bleiben sollen. Die Endlagerkommission will nun in äußerst kurzer Zeit in einem zusätzlichen Berichtskapitel darstellen, „ob und gegebenenfalls unter welchen Bedingungen (...) schwach und mittel radioaktive Abfälle an einem Standort mit den hoch radioaktiven Abfällen gelagert werden können.“

Atompolitik

Forderung nach Reform von Euratom

Die Bundesregierung soll nach dem Willen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schnellstmöglich eine Regierungskonferenz einberufen, die den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) grundlegend überarbeitet. Ziel müsse es sein, die im Vertrag festgeschriebene Sonderstellung der Kernenergie abzuschaffen und alle Passagen, die Investitionen, Forschungsförderung und Genehmigungsprivilegien in die Atomkraft begünstigen, zu streichen, schreiben die Abgeordneten in einem Antrag (Bun-

destagsdrucksache 18/6205 vom 30.9.2015). Außerdem solle der europaweite Ausstieg aus der Atomkraft vorangetrieben werden.

Sollte die geforderte Neuausrichtung auf europäischer Ebene nicht durchsetzbar sein, solle der Bundestag die Bundesregierung auffordern, den Euratom-Vertrag von deutscher Seite aus zu kündigen. Dies sei rechtlich möglich, erklären die Grünen. Schließlich habe die Ethik-Kommission für den Atomausstieg dies 2011 im Entwurf ihres Schlussdokuments sogar als „die bessere Lösung“ empfohlen.

Bündnis 90/Die Grünen: Europa-weiten Atomausstieg voranbringen – Euratom-Vertrag reformieren oder aussteigen. Bundestagsdrucksache 18/6205 vom 30.9.2015, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/062/1806205.pdf> ●

In eigener Sache

Neuer Abopreis

Trotz kontinuierlich jährlich erhöhter Gebühren für den Postzeitungsdienst blieb der Abonnementspreis von Strahlentelex mit ElektrosmogReport jetzt drei Jahre lang stabil. Um die roten Zahlen möglichst klein zu halten und die Unabhängigkeit des Informationsdienstes zu gewährleisten, müssen es künftig vier Euro mehr pro Jahr sein. Ab Januar 2016 kostet das Jahresabonnement mit 12 Ausgaben deshalb 82,00 Euro. Für die laufenden Abonnements ändert sich aber noch nichts. Erst bei der Verlängerung erscheint der neue Bezugspreis auf der Rechnung. Und falls Sie uns eine Lastschriften-Einzugsermächtigung gegeben haben, wird bei Fälligkeit automatisch der richtige Betrag abgebucht.

Wir bitten um Ihr Verständnis und wünschen für die kommenden Feiertage und den Jahreswechsel alles Gute.

Ihr Strahlentelex mit ElektrosmogReport ●

Strahlentelex mit ElektrosmogReport

✂ ABONNEMENTSBESTELLUNG

An Strahlentelex mit ElektrosmogReport
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin

Name, Adresse:

Bitte teilen Sie Adressenänderungen künftig rechtzeitig selbst mit, und verlassen Sie sich bitte nicht auf die Übermittlung durch die Post. Vielen Dank.

Ich möchte zur Begrüßung kostenlos folgendes Buch aus dem Angebot (siehe unter www.strahlentelex.de/Abonnement.htm):

Ich/Wir bestelle/n zum fortlaufenden Bezug ein Jahresabonnement des **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** ab der Ausgabe Nr. _____ zum Preis von EURO 78,00 für 12 Ausgaben jährlich frei Haus. Ich/Wir bezahlen nach Erhalt der ersten Lieferung und der Rechnung. Dann wird das **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** weiter zugestellt. Im Falle einer Adressenänderung darf die Deutsche Bundespost - Postdienst meine/unsere neue Anschrift an den Verlag weiterleiten. Ort/Datum, Unterschrift:

Vertrauensgarantie: Ich/Wir habe/n davon Kenntnis genommen, daß ich/wir das Abonnement jederzeit und ohne Einhaltung irgendwelcher Fristen kündigen kann/können. Ort/Datum, Unterschrift:

Strahlentelex mit ElektrosmogReport • Informationsdienst • Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin, ☎ 030 / 435 28 40, Fax 030 / 64 32 91 67. eMail: Strahlentelex@t-online.de, <http://www.strahlentelex.de>

Herausgeber und Verlag: Thomas Dersee, Strahlentelex.

Redaktion Strahlentelex: Thomas Dersee, Dipl.-Ing. (verantw.), Dr. Sebastian Pflugbeil, Dipl.-Phys.

Redaktion ElektrosmogReport: Isabel Wilke, Dipl.-Biol. (verantw.), c/o Katalyse e.V. Abt. Elektrosmog, Volksgartenstr. 34, D-50677 Köln, ☎ 0221/94 40 48-0, Fax 0221/94 40 48-9, eMail: i.wilke@katalyse.de, <http://www.elektrosmogreport.de>

Wissenschaftlicher Beirat: Dr.med. Helmut Becker, Berlin, Dr. Thomas Bigalke, Berlin, Dr. Ute Boikat, Bremen, Prof. Dr.med. Karl Bonhoeffer, Dachau, Prof. Dr. Friedhelm Diel, Fulda, Prof. Dr.med. Rainer Frentzel-Beyme, Bremen, Dr.med. Joachim Großhennig, Berlin, Dr.med. Ellis Huber, Berlin, Dipl.-Ing. Bernd Lehmann, Berlin, Dr.med. Klaus Lischka, Berlin, Prof. Dr. E. Randolph Lochmann †, Dipl.-Ing. Heiner Matthies †, Dr. Werner Neumann, Altenstadt, Dr. Peter Plieninger, Berlin, Dr. Ernst Rössler, Berlin, Prof. Dr. Jens Scheer †, Prof. Dr.med. Roland Scholz †, Priv.-Doz. Dr. Hilde Schramm, Berlin, Jannes Kazuomi Tashiro, Kiel.

Erscheinungsweise: Jeden ersten Donnerstag im Monat.

Bezug: Im Jahresabonnement EURO 78,- für 12 Ausgaben frei Haus. Einzel Exemplare EURO 7,80, Probeexemplar kostenlos.

Druck: Bloch & Co. GmbH, Prinzessinnenstraße 26, 10969 Berlin.

Die im Strahlentelex gewählten Produktzeichnungen sagen nichts über die Schutzrechte der Warenzeichen aus.

© Copyright 2015 bei Thomas Dersee, Strahlentelex. Alle Rechte vorbehalten. ISSN 0931-4288